

Zivilisierungsmissionen à la polonaise: Polen, Europa und der Osten

Steffi Marung

ABSTRACT

Civilizing missions à la polonaise: Poland, Europe and the East

With the fall of the Berlin Wall and the onset of the Eastern enlargement of the EU the political geography of Europe has become fluid and contested. The article investigates how Polish political actors in this context redefined Poland's place in Europe both in relation to "the West" and with regard to their Eastern neighbors. Already before 1989 these blueprints involved transnational spaces legitimated by an interpretation of Poland's past in the East, but also by its "Western" tradition. These spatial semantics can be interpreted as a peculiar civilizing mission. After elaborating this concept the article briefly introduces the historical narratives which were integrated into the Polish vision of Europe. The Eastern axis of Polish concepts of European space has remained unchallenged while discourses on modernization as a mode of ascribing spatial hierarchies were used as tools of getting access to a new "civilizational space". As the EU was struggling with internal reforms itself the Polish position in the Union – based on a leading role in Eastern and Central Europe – strengthened.

1. Ausgangssituation: Die neue politische Geographie Europas und Polens Suche nach einem Ort im Zwischenraum

Als die UEFA im April 2007 der Doppelbewerbung von Polen und der Ukraine für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012 den Zuschlag erteilte, schwankten die Reaktionen im westlichen und südlichen Rest Europas zumeist zwischen Unglauben und Verärgerung. Zwischenzeitlich frohlockten einige deutsche Beobachter angesichts der finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten der ostmitteleuropäischen Ver-

anster im Glauben, die EM würde kurzfristig nun doch in Deutschland stattfinden.¹ Michel Platini, Präsident des europäischen Fußballverbandes, stellte jedoch klar, wie die Entscheidung der UEFA zu interpretieren sei: Es handele sich nicht nur um eine „Möglichkeit zur Entwicklung“ für die bisher eher marginalisierten osteuropäischen Fußballverbände, sondern sei eine Folge der Erweiterung des UEFA-Territoriums bei dessen gleichzeitiger Neugliederung nach den politischen Umwälzungen von 1989/91. Und schließlich baue man auf „die außergewöhnliche Kraft des Fußballs, Menschen zusammenzubringen.“² In diesem Sinne trafen Polen und die Ukraine mit ihrem im Dezember 2009 veröffentlichten Slogan für die EM den Nagel auf den Kopf: „Creating History Together“³.

Die Eigenart dieses Vorganges ergab sich aus einer Problemkonstellation, in die sich auch die Europäische Union durch ihre Osterweiterung gestellt sah. Die Veränderung der politischen und kulturellen Geographie des europäischen Kontinents nach dem Ende des Kalten Krieges hat eine Reihe von Verunsicherungen darüber ausgelöst, wie sich Zugehörigkeiten, Hierarchien und Binnengliederungen dieses neuen Raumes sinnvoll be- und zuschreiben lassen. Die Vergabe der Fußballeuropameisterschaft an den östlichen Rand des politischen „Europa“ hat die politische Dynamik der Osterweiterung der Europäischen Union auf die mentale Karte des Sports übertragen und damit jenen Verflechtungsraum in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt, der im Zentrum dieses Beitrages steht.

Dabei geht es im Folgenden um Raumsemantiken als Instrumenten der gesellschaftlichen und politischen Erzeugung von Räumen, die einerseits auf ein historisches Reservoir an Deutungen zurückgreifen, andererseits Zukunftsszenarien für die Gestaltung des europäischen Raumes entwerfen. Polen wird hier als Beispiel dafür untersucht, wie sich der Versuch des Glaubhaftmachens und Durchsetzens neuer räumlicher Zuordnungen und der Entwicklung daran geknüpfter Handlungsmöglichkeiten über den Beitritt zur Europäischen Union hinaus vollzog.⁴

Zunächst östlich des Eisernen Vorhangs gelegen, fand sich Polen nach dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Wiedervereinigung in direkter Nachbarschaft zur EU wieder, die für einen Großteil der polnischen Öffentlichkeit und neuen politischen Elite kulturell wie politisch „den Westen“ markierte – obgleich in der polnischen Diskussion nicht unumstritten war, inwiefern die Westlichkeit und Europazität Polens erst durch einen Beitritt bestätigt werden müsste.⁵ In dieser polnisch-europäischen, die gleichzeitig

1 „EM 2012 in Polen und Deutschland?“, in: Bildzeitung vom 10.6.2008; W. M. Straten, Sensationsplan! EM 2012 bei uns, in: Bildzeitung vom 21.7.2008.

2 M. Platini, Botschaft des Präsidenten. Ein Zeichen des Vertrauens, in: uefadirect 6/2007, S. 2.

3 Pressemitteilung der UEFA Nr. 125, 14.12.2009.

4 Grundlage der Untersuchung sind vor allem Reden, Stellungnahmen und Berichte polnischer Staatspräsidenten, Außenminister und anderer an der polnischen Außenpolitik beteiligter Politiker seit Mitte der 1990er Jahre, die im wesentlichen in zwei Bulletins veröffentlicht wurden: dem *Przegląd Rządowy* (PR) und *Materiały i Dokumenty* (MD).

5 K. Bachmann, Polnische Europakonzeptionen nach 1989, in: C. Kraft/K. Steffen (Hrsg.), *Europas Platz in Polen. Polnische Europakonzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt*, Osnabrück 2007, S. 225-238.

eine neue polnisch-deutsche Nachbarschaft war, unternahm Polen nicht nur enorme politische und legislative Anstrengungen, um seine „Rückkehr nach Europa“ zu erreichen, vielmehr sah es sich auch vor der nicht minder komplexen intellektuellen Aufgabe, die neue Zugehörigkeit im sich verändernden europäischen Raum diskursiv zu plausibilisieren. Die Auseinandersetzung um die Deutung der neuen politischen und kulturellen Geographie des Kontinents nach dem Fall der Berliner Mauer begann in Polen jedoch nicht erst mit der Unterzeichnung des Europa-Abkommens 1991 oder mit der Einreichung der Bewerbung zur Mitgliedschaft bei der EU 1994. Für Oppositionelle in Polen und polnische Intellektuelle insbesondere im französischen und britischen Exil, die sich im Umfeld der Pariser Exilzeitschrift *Kultura* bewegten, war dies schon während des Ost-West-Konflikts ein zentrales Thema. Nach dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 und mit Aussicht auf die baldige Aufnahme in den Schengenraum war Polen gewissermaßen vom „Outsider“ zum „Insider“ geworden und blickte nunmehr gleichsam von „innen“ auf seine östlich gelegenen Nachbarn, insbesondere die Ukraine, Weißrussland und Russland. Von dieser Position aus konnten polnische ost- und europapolitische Vorstellungen offenbar selbstbewusster sowohl nach Westen als auch nach Osten adressiert werden. Dies spiegelte sich vor allem in der aktiven Beteiligung der polnischen politischen Eliten an der Formulierung und Ausgestaltung der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Stärkung ihrer ostpolitischen Dimension wider.⁶ Nimmt man den Wandel dieser Deutungen und Strategien in den Blick, dann war weniger der EU-Beitritt Polens die herausragende Zäsur für die Entstehung eines neuen politischen Raumes im Zuge der EU-Osterweiterung, vielmehr spricht einiges dafür, den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza größere Bedeutung einzuräumen.⁷ Grundlage und zentrale Quellen der Suche nach einer neuen Position im und gegenüber dem „Westen“, in und gegenüber „Europa“ nach dem Ende der Blockkonfrontation waren die Traditionen polnischer Europadiskurse und ostpolitischer Entwürfe, für die die Deutung der gemeinsamen Geschichte Polens mit seinen östlichen Nachbarn eine herausragende Rolle spielte und spielt. In diesem Zusammenhang fungierte die polnische Ostgrenze, oder vielmehr das „pogranicze“ – der Grenzraum, bzw. die „kresy“ – die östliche „frontier“ – als der zentrale Topos, an dem sich polnische Visionen einer veränderten politischen und kulturellen Geographie Europas kristallisieren. Bei der Bestimmung des polnischen Ortes in Europa und des Verhältnisses zu Räumen jenseits der nationalen Grenzen wurde im polnischen Fall auf historische Redeweisen zurückgegriffen, die aus einer Vergangenheit vor der (Wieder-)Entstehung des polnischen Nationalstaates schöpften – nämlich aus den Deutungen der *Rzeczpospolita Obojga Narodów*, jenem polnisch-litauischen Doppelstaat, der seit dem späten 16. Jahrhundert bestand und durch die Teilungen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts zerschlagen wurde. Dieses Staatswe-

6 Vgl. Polish-Swedish Non-Paper zur „Östlichen Partnerschaft“, Mai 2008, www.ms.gov.pl/files/PARTNERSTWO%20WSCHODNIE/1en.pdf (Zugriff Januar 2010) sowie Communication from the Commission to the European Parliament and Council: Eastern Partnership, SEC (2008) 2974/COM (2008) 823 final, Brüssel, 3.12.2008.

7 Siehe dazu Abschnitt 4.4.

sen wird in der polnischen Historiographie nicht als imperiales interpretiert, gleichwohl nach wie vor zur Diskussion steht, inwiefern sich hier nicht bestimmte Elemente imperialer Verräumlichung und Praktiken auffinden lassen.⁸ Die polnischen Entwürfe eines politischen Handlungsraums jenseits der nationalen Grenzen – in Europa, Ostmitteleuropa und dem östlichen Grenzland, den *kresy* – kann als ein *jeu d'échelles* gedeutet werden, als „Kohärenzstiftungen [...], die in bestimmten strategischen Absichten von Akteursgruppen betrieben und weitergeführt werden.“⁹ Die deutende Zuordnung zu übernationalen und regionalen Raumordnungen wurde von den polnischen EU- und außenpolitischen Akteuren als Potential genutzt, um die polnische Position in dem supranationalen Raum der EU zu stärken. Darin liegt die transnationale Qualität dieses Vorgangs begründet, scheint doch hier die polnische Nation nur im Zusammenhang zu und im Zusammenspiel mit übernationalen Raumordnungen „erzählbar“ zu sein.

2. Zivilisierungsmissionen als Instrumente der transnationalen Verräumlichung

Herausragende Bedeutung kam in diesem Prozess der Neuaushandlung von kulturellen – oder in der Sprache der polnischen Quelle: zivilisatorischen – Hierarchien zwischen den benachbarten Räumen zu. Die Erweiterung der Europäischen Union führte zu einer Veränderung der Zugehörigkeiten zu einem politisch-institutionell wie kulturell markierten Raum, an den jeweils bestimmte Handlungsoptionen, Rechte und Pflichten sowie Möglichkeiten zur Erlangung von Deutungshoheit gebunden waren. Es ging dabei auch um die imaginierte Richtung des Transfers von Werten, Normen und gesellschaftlichen Modellen sowie deren Finalität, um die Zuschreibung von Rückständigkeit und Fortschritt, von Modernisierungsvorstellungen und Machtverhältnissen innerhalb eines supranationalen EUropäischen Raumes und in den bilateralen Verhältnissen der Nachbarstaaten. Dabei handelte es sich um eine erneute historische Konkretisierung des Verhältnisses zwischen Europa und Nicht-Europa,¹⁰ um die Bestimmung seiner kulturellen Grenzen und der Suche nach einem Modus im Umgang mit dem Fremden¹¹, den man zugespitzt als Zivilisierungsmission bezeichnen könnte.¹²

8 Vgl. F. Hadler/M. Mesenhöller, Repräsentationen imperialer Erfahrung in Ostmitteleuropa: Einleitende Thesen zu Konzept, Befunden und einer transnationalen Perspektive, in: dies. (Hrsg.), *Vergangene Größe und Ohnmacht in Ostmitteleuropa: Repräsentationen imperialer Erfahrungen in der Historiographie seit 1918*, Leipzig 2007, S. 11-32 sowie M. Mesenhöller/A. Friedrichs, *Imperial History*, in: M. Middell/L. Roura y Aulinas (Hrsg.), *World, Global and European Histories as Challenges to National Representations of the Past (= Writing the Nation, Bd. 4)*, London 2010 (im Erscheinen)

9 M. Middell, *Der Spatial Turn und das Interesse an der Globalisierung in der Geschichtswissenschaft*, in: J. Döring/T. Thielmann (Hrsg.), *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008, S. 103-123, hier S. 116.

10 Zur Entstehung der Unterscheidung „Europa“/ „Osteuropa“ vgl. L. Wolff, *Inventing Eastern Europe. The map of civilization on the mind of the enlightenment*, Stanford 2000.

11 Vgl. J. Osterhammel, *Kulturelle Grenzen in der Expansion Europas*, in: *Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte* 46 (1995) 1, S. 101-138.

12 Vgl. B. Barth/J. Osterhammel, *Vorwort*, in: dies. (Hrsg.), *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit*

Die Idee der Zivilisierungsmission

setzt zweierlei voraus: zum einen die Vorstellung, dass sich die Überlegenheit bestimmter Rechtsnormen vor konkurrierenden anderen argumentativ erweisen lässt. [...] Zweitens impliziert der Begriff [...], dass es unter gewissen Umständen erforderlich und legitimierbar sein könnte, solchen Maßstäben von Zivilisiertheit durch Intervention ‚in die Angelegenheiten anderer‘ zur Verwirklichung zu verhelfen.¹³

Der Geschichte der unter diesem Begriff subsumierbaren Strategien und Argumente ist insbesondere in der Historiographie der europäischen Expansion des 18. und 19. Jahrhunderts, und hier vor allem der britischen, französischen und deutschen Ausformung,¹⁴ mitunter auch der russischen Variante¹⁵ Aufmerksamkeit geschenkt worden, weit weniger etabliert hingegen ist der Blick nach Ostmitteleuropa.¹⁶ Dabei lassen sich jedoch vor allem die polnischen historiographischen und politischen Diskussionen um Polens Ort in Europa und seine Position gegenüber den östlichen und westlichen Nachbarn eben gerade vor dem Hintergrund der Tradition einer polnischen Mission im Osten deuten. Polen als *Objekt* verschiedener Zivilisierungsmissionen¹⁷ zu betrachten, ist durchaus ein wiederkehrendes Muster sowohl in der polnischen als auch in der westeuropäischen Historiographie. Polen als handelndes Subjekt in diesem Sinne zu verstehen, mag als Provokation erscheinen, denn die Vorstellung einer Zivilisierungsmission wird vielfach in den Zusammenhang mit imperialen und kolonialen Praktiken gestellt.¹⁸ Nun ist aber die Zu-

dem 18. Jahrhundert, Konstanz 2005, S. 7-11 sowie W. M. Schröder, Mission Impossible? Begriff, Modelle und Begründungen der ‚civilizing mission‘ aus philosophischer Sicht, in: ebenda, S. 13-32.

13 B. Barth/J. Osterhammel, Vorwort (Anm. 12), hier S. 9.

14 Vgl. dazu die typische Zusammenstellung der Beiträge in J. Osterhammel/ B. Barth (Hrsg.), Zivilisierungsmissionen (Anm. 12), zur deutschen „Ostkolonisation“ des 19. Jahrhundert als neuestem Beitrag siehe R. L. Nelson (Hrsg.), Germans, Poland, and Colonial Expansion to the East, New York 2009.

15 Vgl. hier zur Erschließung Sibiriens E.-M. Stolberg, Sibirien: Russlands „Wilder Osten“ Mythos und soziale Realität im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2009; zur Krim: K. Jobst, Die Perle des Imperiums. Der russische Krim-Diskurs im Zarenreich, Konstanz 2007.

16 Dies kann jedenfalls außerhalb der Historiographie zu Ostmitteleuropa gelten. Gelungene Beispiele für die Öffnung des Blicks sind die Beiträge in F. Hadler/ M. Mesenhöller (Hrsg.), Vergangene Größe (Anm. 8) und in C. Kraft/ K. Steffen (Hrsg.), Europas Platz in Polen (Anm. 5).

17 Vgl. dazu u. a. R. L. Nelson (Hrsg.), Germans (Anm. 14)

18 Für diese Verknüpfung zumindest als Ausgangsbeobachtung vgl. u. a. C. Teichmann, Cultivating the Periphery: Bolshevik Civilising Mission and ‚Colonialism‘ in Soviet Central Asia, in: Comparativ 19 (2009) Heft 1, S. 34-52. Im Ergebnis seiner Untersuchung schlussfolgert Teichmann allerdings: „The Soviet case is remarkable in that it un-hinged the connection between ‚civilising mission‘ and the ‚colonial state‘ and structurally replaced ‚colonialism‘ with ‚nationalism‘ and totalitarian state-driven ‚modernisation‘.“ (S. 52). Die Konkretisierung der jeweiligen Zivilisierungsmission als analytischen Schlüssel für den Vergleich von Imperien machen Kerstin Jobst, Julia Obertreis und Ricarda Vulpius stark, vgl. dies., Neue Imperiumsforschung in der Osteuropäischen Geschichte: die Habsburgermonarchie, das Russländische Reich und die Sowjetunion, in: Comparativ 18 (2008) 2, S. 27-56. Zur Problematik dieser Debatte und damit auch zur Auseinandersetzung um den Kolonialismusbegriff in Bezug auf die Sowjetunion vgl. G. Simon: Waren die Republiken der Sowjetunion Kolonien?, in: G. Hausmann/ A. Rustemeyer, Imperienvergleich. Beispiele und Ansätze aus osteuropäischer Perspektive, Wiesbaden 2009, S. 105-122; D. Lieven, The Russian Empire and the Soviet Union as Imperial Polities, in: Journal of Contemporary History 30 (1995), S. 607-636. Zur geschichtspolitischen Aneignung der Rzeczpospolita heute vgl. R. Ritter, Das Imperium entlässt seine Kinder. Identitätsbildung durch Geschichte in Belarus, Polen und Litauen nach 1989, in: G. Hausmann/ A. Rustemeyer, Imperienvergleich, S. 183-208.

schreibung einer imperialen Qualität nicht nur in Bezug auf die EU,¹⁹ sondern auch für den polnisch-litauischen Doppelstaat der Frühen Neuzeit, auf den heute als historisches Reservoir in polnischen Diskussionen vielfach zurückgegriffen wird, hochgradig umstritten,²⁰ vom heutigen Polen ganz abgesehen. Nicht nur wegen dieser kaum zu umgehenden geschichtspolitischen Fallstricke lohnt es sich deshalb, die Anmerkung von Jürgen Osterhammel und Boris Barth ernst zu nehmen, dass Zivilisierungsmissionen „nicht [...] zwangsläufig [...] ‚imperialistisch‘ motiviert“²¹ sein müssen. Zivilisierungsmissionen, Kolonialismus und imperiale Herrschaftspraktiken können vielmehr als distinkte, in bestimmten historischen Situationen jedoch häufig verflochtene Phänomene verstanden werden. Unter dieser Voraussetzung lässt sich der Begriff der Zivilisierungsmission heuristisch schärfen als eine in den Raum projizierte, historisch-teleologisch operierende Ideologie, die – indem sie die Finalitäten für die jeweiligen Zivilisierungsprojekte definiert – Raumhierarchien erzeugt und zugleich verzeitlicht. Diese intellektuelle Operation hat eine Vielfalt von historisch variablen Instrumenten hervorgebracht und gerechtfertigt, die auf die Transformation eines Nachbar- oder Ergänzungsraumes im Sinne der jeweiligen Zivilisierungsvorstellungen zielen: von den kolonialen Praktiken der Imperien des 19. Jahrhunderts über die komplexe Doppel-Modernisierung von Zentrum und Peripherie in der Sowjetunion bis hin zur „Heranführung“ von Beitrittskandidaten an die EU mit Hilfe von Entwicklungsprogrammen wie PHARE und SAPARD. Deutungsmuster dieser Art sind Instrumente der Verräumlichung, die auf die Aneignung und Legitimierung von Ergänzungsräumen – nicht nur – imperialer Prägung zielen, die Welt partitionieren und bestimmte Räume als Ziel nationaler, imperialer oder auch supranationaler Vorhaben entwerfen, ohne dabei in jedem Fall als koloniale Projekte angelegt zu sein.²² Gleichwohl ist eine *mission civilatrice* immer auf Machtungleichheiten gegründet bzw. stabilisiert diese. Sie impliziert den Versuch, bestimmte Räume hierarchisch anzuordnen und Argumente für deren Ein- und Ausschluss in und aus übergreifenden Szenarien zur Verfügung zu stellen.

Mit einem solchen begrifflichen Instrumentarium geht es im folgenden also darum, die hierarchische Deutung von Relationen zwischen verschiedenen politischen und kulturellen Räumen zu untersuchen und auf die Behauptung von Entwicklungs- und Einflussrichtungen bei der Bestimmung politischer und kultureller Räume hinzuweisen, die

19 Vgl. für die umfangreiche Diskussion über die neo-imperiale Qualität der EU u. a. E. Altvater/B. Mahnkopf: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007; J. Zielonka: Europe as empire. The nature of the enlarged European Union, Oxford 2006.

20 Ein hervorragendes Beispiel für die Kompliziertheit dieser Auseinandersetzung ist das in der Zeitschrift *Ab Imperio* wiederveröffentlichte Gespräch zwischen Roman Szporluk und Andrzej Nowak sowie die daran anschließenden Anmerkungen: R. Szporluk/A. Nowak, Was Poland an Empire?, in: *Ab Imperio* (2007) 1, S. 23-42. So auch die Beiträge in F. Hadler/M. Mesenhöller (Hrsg.), *Vergangene Größe* (Anm. 8) sowie M. Mesenhöller/A. Friedrichs, *Imperial History* (Anm. 8).

21 J. Osterhammel/B. Barth, Vorwort (Anm. 12), hier S. 10.

22 Zur einflussreichen Kritik aus den *postcolonial studies* an dem den europäischen Zivilisierungsmissionen zugrundeliegenden Weltbild vgl. u. a. J. M. Blaut, *The colonizer's model of the world*, New York 1993; D. Chakrabarty, *Provincializing Europe*, Princeton 2000.

mitnichten nur in westeuropäischen Interpretationen zum Einsatz kommen, sondern im Falle Polens auf einer langen Tradition der Selbstbeschreibung in Europa und gegenüber der östlichen Nachbarschaft gründen. Ziel der folgenden Ausführungen ist es daher, zum einen die historisch tradierten Formen dieser Raumdeutungen zu skizzieren, die als Repertoire des Sprechens über den polnischen Ort in Europa zur Verfügung standen und aus dem polnische Politiker nach dem Ende des Kalten Krieges und vor allem während des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union schöpfen konnten. Dabei geht es im Besonderen darum zu zeigen, welchem Wandel die Sinnzuschreibungen an den sich verändernden politischen Raum unterlagen, wie die Verortung in übernationalen Bezügen – in der EU, in Ostmitteleuropa und gegenüber den östlichen Nachbarn Polens – eingepasst wurden in ein geopolitisches und geokulturelles Umfeld, dass sich seit 1989 mehr oder weniger überraschend verflüssigt hatte. Dabei sollen die historischen Deutungsmuster weniger als Korsett für die Verfälschung von Argumenten im aktuellen Kontext verstanden werden, vielmehr lohnt der Blick auf die kreativen Aneignungen durch heutige Akteure.

Die transnationale Perspektive dieses Beitrages ergibt sich zum einen aus der besonderen Eigenart der hier untersuchten Strategien der Verräumlichung, die für den nationalen Raum kontinuierlich über- und transnationale Bezüge entwerfen. Darüber hinaus folgen die Überlegungen der transdisziplinären methodischen und begrifflichen zumeist als „spatial turn“²³ bezeichneten Bewegung. Der entscheidende Beitrag der transnationalen Perspektive liegt dabei in der konsequenten Historisierung des nationalstaatlichen Territorialisierungsregimes und führt zusätzlich zur kritischen Reflexion der „territorialisierende[n] Praxis von Historikern selbst“.²⁴ Transnationale Geschichte lässt sich somit nicht auf die Absage an den Nationalstaat als historiographische Kategorie reduzieren, sondern bedeutet dessen Integration in ein „breiteres Konzept von Raumbezügen menschlichen Handelns“.²⁵ Mithin grenzt sich eine solche Perspektive in doppelter Weise ab: Weder wird das Nationale als teleologische Kategorie essentialisiert, noch wird die Erosion des Nationalen als Folge von sich intensivierenden Verflechtungen behauptet. Nimmt man die transnationale Perspektive in diesem Sinne ernst, wird die Dialektik von De- und Re-territorialisierung als das zentrale Movens von Globalisierungsprozessen nicht erst seit dem späten 20. Jahrhundert erkennbar.²⁶ Verflechtungen

23 Vgl. J. Döring/T. Thielmann, Einleitung: Was lesen wir im Raume? Der Spatial Turn und das geheime Wissen der Geographen, in: dies. (Hrsg.), *Spatial Turn* (Anm. 9), S. 7-45; B. Belina/B. Michel (Hrsg.), *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, Münster 2007; J. Osterhammel, Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998) 3, S. 374-397; M. Middell, Transnationale Geschichte als transnationales Projekt? Zur Einführung in die Diskussion, in: *geschichte.transnational* 11. Januar 2005, <http://hszokult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2005-01-001> (Zugriff Januar 2005).

24 M. Middell, *Spatial Turn* (Anm. 9), hier S. 119.

25 M. Middell, Auf dem Weg zu einer transnationalen Geschichte Europas, in: W. Eberhard/C. Lübke (Hrsg.), *Die Vielfalt Europas. Identitäten und Räume*, Leipzig 2009, S. 533-544, hier S. 542.

26 N. Brenner, Beyond state-centrism? Space, territory, and geographical scale in globalization studies, in: *Theory and Society* 18 (1999), S. 39-78.

und Entgrenzungsprozesse werden so in einen unhintergehbaren Zusammenhang zu permanenten Versuchen der Beherrschung jener Austauschbeziehungen und Flüssen von Menschen, Gütern, Ideen und Informationen gestellt und sind damit mehr als lediglich eine weitere Dimension für die Analyse historischer Entwicklungen. Aus der transnationalen Perspektive wird die Simultanität zweier entscheidender Entwicklungen deutlich: die Intensivierung globaler Verflechtungen einerseits und die Herausbildung von politischen Verräumlichungsformen im Versuch ihrer effektiven Kontrolle andererseits, von denen der Nationalstaat eine von mehreren historisch möglichen Ergebnisse war und ist.

Auf diese Weise lässt sich die Entwicklung des nationalstaatlichen Territorialisierungsregimes deuten als eine historisch spezifische Verräumlichungsform politischer und gesellschaftlicher Organisationen neben anderen, die als Antwort entwickelt wurde auf die Herausforderungen durch sich intensivierende globale Verflechtungen, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die spezifische Qualität einer „global condition“²⁷ angenommen hatten.²⁸ Damit geraten auch andere historische Formen territorialer Ordnung in den Blick, die durch die häufig anzutreffende Engführung des Territorialitätsbegriffs auf seine moderne nationalstaatliche Ausprägung entweder als prä- oder post-territorial an den Rand gedrängt werden.²⁹ Aus der Perspektive einer transnationalen Geschichte muss somit immer auch nach dem Formen der deutenden Herstellung politischer Räume gefragt werden, die gewissermaßen jene Grenzen erst etablieren, die transnationale Projekte und Flüsse überschreiten und verunsichern.

3. Das historische Repertoire: Von der Zwischenkriegszeit zur Pariser *Kultura*

Auf die zentrale Bedeutung historischer Erfahrungen und tradierter Deutungsmuster für die Formulierung der aktuellen polnischen Ostpolitik und damit auch der Konzepte für ein neues Grenzregime an Polens Ostgrenze haben kurz vor dem EU-Beitritt des Landes zwei auswärtige Beobachter, der eine „aus dem Osten“, der andere „aus dem Westen“,

27 M. Geyer/C. Bright, *World History in a Global Age*, in: *The American Historical Review*, 100 (1995) 4, S. 1034-1060.

28 Vgl. auch M. Middell, *Der Spatial Turn* (Anm. 9), S. 115; M. Middell/K. Naumann, *Global History and the Spatial Turn. From the Impact of Area Studies to the Study of Critical Junctures of Globalisation*, in: *Journal of Global History*, 5 (2010) 1, S. 149-70

29 So vor allem Charles Maier. Vgl. C. Maier, *Consigning Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *The American Historical Review*, 105 (2000) 3, S. 807-831 und C. Maier, *Transformations of Territoriality 1600–2000*, in: G. Budde/S. Conrad/O. Janz (Hrsg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen 2006, S. 32-55. Territorialisierung und (National)staat werden auch in der politisch-geographischen Diskussion zwar konzeptionell immer noch eng miteinander verknüpft, allerdings wird der Souveränitätsbegriff nicht mehr notwendiger Weise an jenen der Territorialität gebunden, sondern hier ein Wandel des Zusammenhangs beobachtet bzw. die Deckungsgleichheit zwischen territorialen Grenzen und Grenzen nationaler Identität problematisiert, vgl. dazu: D. Newman, *Geopolitical Renaissance: Territory, Sovereignty and the World Political Map*; in: ders. (Hrsg.), *Boundaries, Territory and Postmodernity*, London 1999, S. 1-16; A. Paasi, *Boundaries in a globalizing world*, in: K. Anderson u. a. (Hrsg.), *Handbook of Cultural Geography*, London 2003, S. 462-472.

pointiert – und mit gegensätzlichen Schlussfolgerungen – hingewiesen. Aus Sicht des russischen Historikers Alexei Miller seien die ostpolitischen Konzeptionen in Polen bis heute auf einen grundlegenden Konflikt zwischen Polen und Russland über Hegemonie und Einfluss auf demselben Territorium zurückzuführen: in den „kresy wschodnie“, den östlichen Grenzgebieten des ehemaligen polnisch-litauischen Reiches, also in etwa die westlichen Gebiete des heutigen Weißrusslands und der Ukraine sowie Litauens, die nach den Teilungen Polens zu Ende des 18. Jahrhunderts in das Russische Reich eingegliedert wurden. Die Ähnlichkeit des Führungsanspruchs und die Konkurrenz der Zivilisierungsmissionen auf ein und demselben Gebiet unter historisch sehr ungleichen Bedingungen nähere bis heute, so Miller, die antirussische Tendenz der polnischen Ostpolitik, der er ein zukunftsweisendes und problemlösendes Potential in Gänze absprach.³⁰ Dagegen betonte der amerikanische Historiker Timothy Snyder, dass es sich bei der polnischen Ostpolitik um eine „Tradition mit Zukunft“ handle.³¹ Grundlegende Quelle polnischer ostpolitischer Konzeptionen sei vor allem die historische Erfahrung des 1569 mit der Lubliner Union begründeten Polnisch-Litauischen Doppelstaates. Die Neukonzeption der Ostpolitik durch polnische Oppositionelle im französischen und britischen Exil, die dem Autorenkreis um die Pariser Zeitschrift *Kultura* zugerechnet werden können, habe zur Entwicklung einer erfolgreichen Oststrategie geführt. Die Geschichte der Lubliner Union besitze „herausragende Bedeutung [...] [i]n einer neuen Welt der Europäischen Union“.³²

Vor allem mit Blick auf die öffentlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in der Zwischenkriegszeit lassen sich Elemente des polnischen Verständnisses einer Mission im Osten verdeutlichen, Elemente, die – in modifizierter Form – auch in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts wieder zum Tragen kamen. Diese Mission ist dabei nicht notwendigerweise an die Selbstwahrnehmung als ehemalige oder zukünftige Großmacht, als „Empire“ gebunden. Folgt man der Argumentation von Frank Hadler und Mathias Mesenhöller, dass die „vergangene Größe“ in der polnischen Historiographie nicht unbedingt imperial gedeutet wird,³³ dann lässt sich für den polnischen Fall gewissermaßen von der Konstruktion einer „Zivilisierungsmission ohne Imperium“ sprechen. Diese speist sich aus der behaupteten Vorbildhaftigkeit der Rzeczpospolita einerseits und der Verankerung der polnischen Geschichte im Westen andererseits. In diesem Sinne entsteht gewissermaßen ein übergreifender Konsens zwischen „Piasten“ und „Jagiellonen.“³⁴ Auch in der heutigen Historiographie, die die Rzeczpospolita wieder-

30 A. Miller, In den Fesseln der Geschichte. Der polnische Diskurs über die Ostpolitik, in: *Transit*, Nr. 25, 2003, S. 40–49; vgl. dazu auch A. Miller, Tema central'noij Evropy: Istorija, sovremennyje diskursy i mesto v nich Possij, in: *Novoe Literanurnoe Obosrenie*, No. 52, 2001, S. 75–96.

31 T. Snyder, Polnische Ostpolitik. Tradition mit Zukunft, in: *Transit*, Nr. 25, 2003, S. 25–39; siehe auch vgl. auch T. Snyder, *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1596–1999*, New Haven / London, 2003.

32 T. Snyder, Polnische Ostpolitik (Anm. 31), S. 39.

33 F. Hadler / M. Mesenhöller, Repräsentationen (Anm. 8).

34 Mit diesen Bezeichnungen lässt sich stark vereinfachend die Spaltung der polnischen Eliten mit Blick auf die gewünschte Gestalt des polnischen Staates zum Ende des Ersten Weltkriegs beschreiben: Die „Piasten“ – vor allem in Gestalt der Nationaldemokraten – vertraten einen national-homogenen, zentralstaatlichen und eher gegen

entdeckt hat, wird der imperiale Charakter dieser Vergangenheit immer noch negiert.³⁵ Die Modellhaftigkeit des „jagiellonischen Systems“, eine historische Deutung, die insbesondere der Exilhistoriker Oskar Halecki herausgearbeitet hat, besteht in den Prinzipien der Erhaltung der Selbstverwaltung in den multiethnischen Gebieten, der Achtung der nationalen Rechte und der Verteidigungsgemeinschaft gegen einen westlichen wie östlichen Imperialismus.³⁶ Diese jagiellonische Idee übertrug Halecki in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts auf seine Konzeption von Ostmitteleuropa.³⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieb Halecki dieses als jene Region, die zwischen den westlich und östlich angrenzenden Reichen zerrieben wurde, und schloss damit die Deutung der polnischen Vergangenheit als imperiale aus.³⁸ Dieses Verständnis von Ostmitteleuropa spiegelte sich auch in Teilen der tschechischen und ungarischen Ostmitteleuropadiskussion der 1980er Jahre. Vor allem die Frontstellung gegen Russland, die für das polnische Verständnis zentral war,³⁹ fand ihr Echo prominent und pointiert in der von Milan Kundera vorgetragenen Klage über den „occident kidnappé“.⁴⁰ Ostmitteleuropa als besondere Geschichtsregion wurde in den 1970er und 1980er Jahren in der Diskussion ostmitteleuropäischer dissidenten und exilierter Intellektueller nicht einheitlich bestimmt, gemeinsam war den Beiträgen jedoch die Thematisierung eines „Dazwischensein“, einer gewissen Minderwertigkeit oder Rückständigkeit, einer bedrohten Zugehörigkeit zum Bereich der westlichen „Zivilisation“ – eine Bedrohung, die vor allem vom Osten ausging – und die Antizipation einer erneuernden Kraft, die aus eben diesem Zwischenraum für den gesamten europäischen Kontinent kommen würde.⁴¹

Deutschland orientierten Entwurf, der sich auf die mehrheitlich polnisch besiedelten Gebiete konzentrierte und plädierte ansonsten für die Polonisierung der Minderheitenbevölkerung. Sie knüpften damit in gewisser Weise an die Piastische Vergangenheit des polnischen Staates an. Dagegen orientierten sich die „Jagiellonen“ an der Geschichte des frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Doppelstaates und an den Grenzen der Adelsrepublik von 1772, sie vertraten einen föderalen Zusammenschluss mit Litauen und Weißrussland unter polnischer Führung bzw. eine Territorialautonomie der Minderheiten im Osten und befürworteten eine unabhängige Ukraine. Dieser Entwurf war eher gegen Russland gerichtet. Der polnische Führungsanspruch und die nur begrenzte nationale Autonomie der östlichen Nachbarn kann als der gemeinsame Nenner dieser beiden Richtungen beschrieben werden. Vg. S. Gerhardt, *Polska Polityka Wschodnia. Die Außenpolitik der polnischen Regierung von 1989 bis 2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine)*, Marburg 2007, S. 34ff.

35 Ebenda, S. 18.

36 J. Bömelburg, *Zwischen imperialer Geschichte und Ostmitteleuropa als Geschichtsregion: Oskar Halecki und die polnische „jagiellonische Idee“*, in: F. Hadler/M. Mesenhöller (Hrsg.), *Vergangene Größe* (Anm. 8), S. 99-133, hier S. 119 f.

37 Ebenda, S. 110 ff.

38 Ebenda, S. 121.

39 Vgl. R. Stobiecki, *Comparing Polish Historiography on the Petersburg Empire: Second Republic – People’s Republic – Exile*, in: F. Hadler/M. Mesenhöller (Hrsg.), *Vergangene Größe* (Anm. 8), S. 281-300.

40 M. Kundera, *Un occident kidnappé ou la tragédie de l’Europe centrale*, in: *Le débat*, November 1983; Die englische Version erschien unter zwei verschiedenen Titeln: „A Kidnapped West or a Culture Bows Out“, in: *Granta* 1984/11; „The Tragedy of Central Europe“, in: *New York Review of Books*, 26. April 1984. Es gibt zwei deutschsprachige Fassungen, in: *Kommune*, 1984/7, und in: *Wiener Journal* 1984/7.

41 Vgl. für einen Überblick über diese umfangreiche Diskussion die Beiträge von T.G. Ash, G. Schoepflin T. Judt u.a. in *Daedalus*, 119. Jg. (1990) Heft 1; F. Hadler: *Mitteleuropa – Zwischeneuropa – Ostmitteleuropa. Reflexionen über eine europäische Geschichtsregion im 19. und 20. Jahrhundert*; in: *Slovenské štúdie* (1996) Heft 1, S. 14-21; R. Jaworski, *Ostmitteleuropa. Zur Tauglichkeit und Akzeptanz eines historischen Begriffs*; in: *Westmitteleu-*

Für das „jagiellonische Ostmitteleuropa“⁴² in der polnischen Diskussion wurden etwas andere Akzente gesetzt. Räumlich bezog es sich auf die Gebiete des ehemaligen polnisch-litauischen Doppelstaates und reichte deshalb weiter nach Osten, als dies in ungarischer oder tschechischer Perspektive häufig der Fall war, für die zumeist das Habsburger Reich als die räumliche Folie fungierte, auf die Ostmitteleuropa projiziert wurde.⁴³ Der imaginierte Raum wurde aber nicht nur räumlich anders bestimmt, sondern ihm wurden auch wirtschafts-, politik- und kulturhistorisch fundiert andere Eigenschaften zugewiesen, die im Wesentlichen mit der Bestimmung Polens regionaler Führerschaft verbunden waren.⁴⁴ Ein weiteres wichtiges Element dieses Raumdiskurses ist der Mythos der „*kresy*“, des östlichen Grenzlandes des ehemaligen jagiellonischen Staates, als Grenzland zwischen östlicher und westlicher Zivilisation und als Ort innerpolnischer und nach außen gerichteter Zivilisierungsmissionen.

Das jagiellonische Mitteleuropa wurde damit als jener Raum entworfen, in dem polnische Zivilisierungsmissionen zum Einsatz kamen. Neben der Besonderheit eines quasi „un-imperialen“ Charakters der polnischen Mission ist sie also auch an einen konkreten Raum gebunden: Sie ist zunächst nicht prinzipiell in allen Weltregionen einsetzbar, sondern wird auf einem abgegrenzten Territorium wirksam und benötigt einen konkreten Übersetzungsort: die *kresy*.⁴⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden sowohl diese „Jagiellonische Idee“ als auch die Pläne für ein föderalisiertes Ostmitteleuropa aus den innerpolnischen historiographischen und politischen Debatten verdrängt. Ziel war es im Volkspolen nach 1945 vielmehr, die „Westverschiebung“ des Landes zu legitimieren, was zu einer Reaktivierung der Piastischen Traditionen des polnischen Staates führte, um die Integration der ehemals deutschen Gebiete nach Westpolen als die nun „wiedergewonnenen“ zu plausibilisieren.⁴⁶ Hingegen entwickelten jedoch polnische Emigranten, vor allem in Paris, aber auch in den USA, eine kritische Perspektive sowohl gegenüber der westeuropäischen Realpolitik der Anerkennung der Teilung Europas als auch gegenüber der polnischen quasi-imperialen Vergangenheit. In exilpolnischen Konzepten aus dem Umkreis von Jerzy Giedroyc und Juliusz Mieroszewski und anderen Autoren der Pariser Exilzeitschrift *Kultura* wurde

ropa, Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen. Festschrift für Ferdinand Seibt, hrsg. von W. Eberhard, H. Lemberg, H.-D. Heimann und R. Luft, München 1992, S. 37-45; J. v. Puttkamer, Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010 sowie kritisch: A. Miller, *Tema central'noji Evropy* (Anm. 32).

42 Vgl. den Versuch aus wirtschaftshistorischer Sicht, die Spezifik dieses Gebiets herauszuarbeiten: H. Samsonowicz, *War Jagiellonisches Ostmitteleuropa eine Wirtschaftseinheit?*, in: *Acta Poloniae Historica*, 41 (1980), S. 85-97.

43 Vgl. u. a. M. Janowski, *Pitfalls and Opportunities. The Concept of East Central Europe as a Tool of Historical Analysis*, in: *European Review of History*, 6 (1999) 1, S. 91-100.

44 A. Miller, *Tema central'noji Evropy* (Anm. 32), S. 94.

45 Zu den *kresy* vgl. R. Traba, „*Kresy*“ oder „Atlantis des Nordens“? Neue polnische Diskussionen über die Mythologie des Ortes, in: *Inter Finitimos*, Heft 3 (2005), S. 52-60 und J. Kochanowski, *Paradoxien der Erinnerung an die Ostgebiete*, in: ebenda, S. 61-76.

46 Vgl. zur polnischen Westforschung u. a. M. Krzoska, *Für ein Polen an Oder und Ostsee*. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist, Osnabrück 2003; ders., *Die Renaissance der piastischen Idee. Der polnische Raumdiskurs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Amicus Poloniae. Teksty ofiarowane Profesorowi Heinrichowi Kunstmannowi w osiemdziesiątą piątą rocznicę urodzin*, Red.: Krzysztof Ruchniewicz, Marek Zybuła, Wrocław 2009, S. 235-248.

in den achtziger Jahren die Abkehr von Hegemoniebestrebungen und eine Hinwendung zu Versöhnung und Verantwortung gegenüber den östlichen Nachbarn gefordert. Dies bereitete somit die grundlegende Neuorientierung der polnischen Ostpolitik nach 1989 vor.⁴⁷ Diese Neuformulierung bedeutete jedoch nicht, dass die historischen Wurzeln der polnischen Ostpolitik gekappt wurden. Es handelt sich hier vielmehr um deren Neuinterpretation im Kontext der EU-Erweiterung, eine Vorstellung von Polen als Mittler und Brücke, gar als Vorbild für die Modernisierung und Transformation der angrenzenden östlichen Staaten, eine Deutung, die auf die Rolle Polens in einem jagiellonischen Ostmitteleuropa und auch auf die lange Geschichte der Konkurrenz zwischen Russland und Polen als zwei hegemoniale Mächte in dieser Region zurückgeht.

4. Aneignungsversuche im Rahmen des Beitrittsprozesses

4.1. Die Persistenz der Ostachse

Sowohl der Blick nach Osten als auch die Verortung in Ostmitteleuropa blieben für die Bestimmung polnischer Handlungsräume und den Entwurf eines gemeinsamen europäischen Raumes samt seiner Grenzen⁴⁸ auch nach dem Ende des Kalten Krieges und – erst recht – nach dem Beitritt zur Europäischen Union zentral. Sowohl die Persistenz ostpolitischer Semantiken als auch deren flexible Einpassung in einen durch die EU-Erweiterung in Bewegung geratenen politischen Raum ist frappierend. Die ostpolitische Handlungskompetenz geriet den an der polnischen Außenpolitik Beteiligten – Präsidenten, Premierministern, Außenministern sowie ihren Beratern und Kommentatoren – zum verlässlichen Prüfstein ihrer europapolitischen Kompetenz sowie der Fähigkeit, auf die Gestaltung der politisch-räumlichen Ordnung des Kontinents Einfluss zu nehmen. Weder der Austausch im Regierungslager zwischen Links- und Mitte-Rechtsbündnissen, noch die rechtspopulistische Radikalisierung nach 2005 – mit der erhofften Mäßigung unter Tusk seit 2007 – haben diesen außenpolitischen Konsens gefährdet.⁴⁹ Er wurde seit den frühen neunziger Jahren auch von den drei Präsidenten – Lech Wałęsa, Aleksander

47 Vgl. S. Gerhardt, *Polska Polityka Wschodnia* (Anm. 34).

48 Um einen „europäischen Raum“ geht es hier nicht im Sinne eines geographisch eindeutig definierbaren Gegenstandes, sondern im Sinne der politischen Entwürfe einer in den Raum übersetzten Zugehörigkeit zu einem europäischen Wertesystem und Gesellschaftsmodell – wie auch immer „europäisch“ jeweilig konkretisiert werden mag. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden „Europa“ und „EU“ schnell synonymisiert. Der Ruf nach einer „Rückkehr nach Europa“ nach 1989/90 war vielfach Ausdruck des Wunschs nach Integration in einen westlichen Wohlstandsraum, an den gleichzeitig bestimmte politische Erwartungen geknüpft wurden. Aus polnischer Perspektive stellte diese Gleichsetzung allerdings ein gewisses Problem dar, musste doch nun begründet werden, inwiefern beispielsweise die Ukraine zu Europa gehört. Vgl. zur Historisierung des Europabegriffs W. Schmale, *Geschichte Europas*, Wien u. a. 2001.

49 Nach einer Zentrumskoalition unter Olszewski regierte zwischen 1993 bis 1997 ein Linksbündnis unter mehreren Ministerpräsidenten, das zwischen 1997 und 2001 von einer Mitte-Rechts-Koalition unter Jerzy Buzek abgelöst wurde, von 2001 bis 2005 jedoch nochmals mit Miller und Belka an die Regierung gelangte, bevor erst unter Marcinkiewicz, dann unter Jarosław Kaczyński von 2005 bis 2007 ein rechtspopulistisches Bündnis die Geschäfte übernahm, das wiederum 2007 von einer bürgerlichen Regierung unter Donald Tusk abgelöst wurde.

Kwaśniewski und Lech Kaczyński – und nicht weniger als zehn Außenministern über fast zwanzig Jahre hinweg in der Grundausrichtung nicht in Frage gestellt.⁵⁰

Im Allgemeinen trifft die Diagnose einer anhaltenden Kontinuität auch für das zentrale Ziel der polnischen Außenpolitik nach 1989/90 zu: die „Rückkehr nach Europa“, die Integration in die transatlantischen Strukturen des „Westens“, übersetzt in den Beitritt zu NATO und EU. Allerdings erwies sich jenes Vorhaben als bedeutend anfälliger für innen- und außenpolitische Krisen – hier mag der Verweis auf das relativ hohe Maß an Euroskeptis unter den polnischen politischen Eliten⁵¹ sowie auf die spürbaren Erschütterungen durch den Regierungswechsel zu den Kaczyński-Brüdern genügen. In ähnlicher Weise erwies sich im Verlauf der Beitrittsverhandlungen und vor allem bei den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza und später des Vertrags von Lissabon kurz vor und kurz nach dem Beitritt der Weg in den „Westen“ als mit Stolpersteinen gepflastert – der Ton der Auseinandersetzung wurde zunehmend rauer.⁵² Auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, gleichwohl von Beobachtern wie Beteiligten unermüdlich als Erfolgsgeschichte erzählt und als unverzichtbarer Motor für die Einigung des neuen Europa gepriesen,⁵³ unterlag erheblichen Schwankungen und reagierte auf Irritationen und Rückschritte bedeutend sensibler. Vor allem in dieser Hinsicht setzte die Amtszeit des Kaczyński-Tandems erhebliche Irritationspotentiale frei.⁵⁴

Von alledem blieb die grundsätzliche ospolitische Ausrichtung, die Prominenz eines polnischen Selbstverständnisses als Anwalt der neuen östlichen Nachbarn der EU, insbesondere der Ukraine, scheinbar unberührt. Während innenpolitisch die von der erstarkenden Rechten in Gang gesetzte Diskussion um die Errichtung einer „Vierten polnischen Republik“ – die die angeblich völlig korrumpierte 1989 begründete Dritte Republik ablösen sollte – längst als Krisenzeichen gedeutet werden musste, konnte sich der polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski als Vermittler in der ukrainischen sogenannten Orangen Revolution engagieren und dort polnische Erfahrungen beim Aufbau der Demokratie und beim „Ruf nach Freiheit“⁵⁵ als Modellvorlage anbieten.⁵⁶

50 So u. a. K.-O. Lang, *Europapolitik* (Anm. 19).

51 Vgl. Address by Prime Minister Marek Belka on positive outcome of Poland's first year membership of the European Union, Warsaw, April 27 2005 (MD 4/2005).

52 H. Grabbe, *Poland: The EU's new awkward partner*, in: *Bulletin of the Centre of European Reform*, February/ March 2004, www.cer.org.uk/articles/34_grabbe.html, Zugriff 9. Februar 2009; K.-O. Lang, *Europapolitik ohne Kompaß*, Polen sucht seinen Kurs in der EU; in: *Osteuropa*, Heft 11 / 12 (November/ Dezember) 2006, S. 81-92.

53 U. a.: *Zadania polskiej polityki zagranicznej w 2001 r.*, informacja ministra spraw zagranicznych Władysława Bartoszewskiego przedstawiona na forum Sejmu RP 6 czerwca 2001 r [Die Aufgaben der polnischen Außenpolitik, Information des Außenminister Władysław Bartoszewski vor dem Sejm am 6. Juni 2001], PR 7(121) 2001, S. 92; vgl. außerdem A. Krzeminski, *Testfall für Europa: Deutsch-polnische Nachbarschaft muss gelingen*, Hamburg 2008; D. Bingen / K. Malinowski (Hrsg.), *Polacy i Niemcy na drodze do partnerskiego sąsiedztwa. Proba bilansu dziesięciolecia 1989–1998, Poznań 2000* oder auch einzelne Beiträge in K. Schögel (Hrsg.), *Oder – Odra. Blicke auf einen europäischen Strom*, Frankfurt a. M. 2007.

54 Vgl. u. a. P.-O. Loew, *Feinde, überall Feinde. Psychogramm eines Problems in Polen*, in: *Osteuropa*, 56 (2006) 11/12, S. 33-51.

55 Statement by President of the Republic of Poland Aleksander Kwaśniewski during a gala opening of the Polish pre-war military cemetery in Lvov, MD 6/2005.

56 Statement by President Aleksander Kwaśniewski during a meeting with Warsaw University students attended

Und er vergaß ebenso wenig wie Ministerpräsident Belka – vor allem gerichtet an die Adresse der EU – den polnischen Beitrag bei der Lösung der Krise zu betonen.⁵⁷

Bei einem genaueren Blick auf die polnischen Entwürfe des europäischen Raumes im Rahmen des Beitrittsprozesses und in den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft wird deutlich, dass die Beschreibung und Stabilisierung der polnischen geopolitischen und geomentalen Position in Europa und der Welt nur im Bezug und im Ausgriff auf den Raum östlich der nationalen Grenzen als auch östlich der 2004 bzw. 2007 vorläufig festgesetzten EU-Grenzen, sowie in der Formulierung eines Anspruchs auf Mitgestaltung der territorialen Ordnung dieses Raumes – vor allem durch das Schengen-Grenzregime und die EU-Nachbarschaftspolitik – verständlich wird. Die östliche Nachbarschaft Polens und nach der Erweiterung damit auch der EU scheint jener Raum zu sein, der für Polen als Ressource für die Kompensation von Marginalisierungsbefürchtungen zur Verfügung steht. In gewisser Weise haben polnische außenpolitische Akteure auf diesem Spielfeld jenes Selbstbewusstsein gewonnen, dass ihnen eine neue Deutung der Zugehörigkeit zu und Gestaltung von zunächst als überlegen wahrgenommen Räumen ermöglicht, nämlich „des Westens“ oder „Europas“.

4.2. Modernisierung als Eintrittskarte in einen neuen „zivilisatorischen Raum“

Die Feststellung eines Nachholbedarfs, eines Entwicklungsrückstandes, gar einer „civilizational gap with Western Europe“,⁵⁸ die durch umfassende Modernisierungsbemühungen geschlossen werden müsse, war ein Grundthema der polnischen EU- und Außenpolitik seit der politischen Wende 1989/90, das allerdings einige Variationen erfuhr. Die Rede vom Entwicklungsgefälle und die Suche nach dessen Ausgleich war gewissermaßen das Scharnier, mit dem zwei zunächst distinkte politische und kulturelle Räume miteinander verbunden wurden: der „Westen“ einerseits, Polen und „Ostmitteleuropa“, d. h. die Kandidatenländer, andererseits. In den Variationen dieser Semantik wurde die Hierarchie zwischen diesen Teilräumen konkretisiert. Gelänge der „zivilisatorische Sprung“⁵⁹, verschwände die Unterscheidung zwischen diesen Einheiten, entstehe ein gemeinsamer Raum. Modernisierung wurde hier im doppelten Sinne verräumlicht. Zum einen wurden spezifische Modernisierungsgrade den verschiedenen Räumen zugeschrieben, wobei auch aus polnischer Perspektive von einem West-Ost-Gefälle ausgegangen wurde. Zum anderen wurden Modernisierungsfortschritte als in der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Raumes ablesbar interpretiert: angefangen von der Modernisierung der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur, über die Reform der Binnengliederung

by Ukrainian President Victor Yushchenko on April 12, 2005, MD 04/2005.

57 Address by Prime Minister Marek Belka on positive outcome of Poland's first year membership of the European Union, Warsaw, April 27 2005, MD 5/2005.

58 Address by Foreign Minister of the Republic of Poland Radoslaw Sikorski at the Sejm, May 7, 2008, MD 5/2008.

59 Wörtlich: „civilisational leap“, u. a. Address by President of the Republic of Poland Aleksander Kwasniewski during the second day of his visit to Ukraine, November 25, 2005, MD 11/2005.

des Staatsgebiets in Anpassung an EU-Vorgaben bis hin zur Verbesserung der Grenzbe-
festigung und Grenzkontrollmechanismen, insbesondere an der neuen Außengrenze.⁶⁰
„Heranführung“⁶¹ an die EU in Vorbereitung des Beitritts bedeutete also die Einpassung
des polnischen Territoriums in die Strukturen der EU, und zwar sowohl in Bezug auf
die Angleichung des Grenzregimes als auch die innere territoriale, administrative und
infrastrukturelle Gliederung und Organisation des Staatsgebietes betreffend,⁶² diese Pro-
zesse übersetzten sich damit in eine Neuordnung des politischen Raumes. Eine solche
Verräumlichung des Modernisierungsdenkens war keine Neuerfindung im Rahmen des
EU-Erweiterungsprozesses, sondern kennzeichnete etwa seit dem 19. Jahrhundert west-
liche Versuche, globale Entwicklungsprozesse und das Wissen darüber – auch räumlich
– zu ordnen.⁶³

60 So lassen sich eine Vielzahl der Kapitel der Beitrittsverhandlungen auf die Umgestaltung der territorialen Ord-
nung in den einzelnen Beitrittsländern beziehen, insbesondere die Kapitel 1-4 (Freier Warenverkehr, Freizügig-
keit, Freier Dienstleistungsverkehr, Freier Kapitalverkehr), Kapitel 19 (Telekommunikations- und Informations-
technologien), Kapitel 21 (Regionalpolitik und Koordinierung der strukturellen Instrumente), Kapitel 24
(Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres), Kapitel 26 (Auswärtige Beziehungen), Kapitel 27 (Gemeinsame
Außen- und Sicherheitspolitik). Vgl. die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zu den einzelnen
Beitrittskandidaten seit 1998.

61 Das zentrale Instrument der Europäischen Union, die Bewerber bei ihrer Vorbereitung auf den Beitritt zu unter-
stützen, war das 1989 begründete Programm PHARE, ursprünglich für Polen und Ungarn als Entwicklungshilfe-
programm zur wirtschaftlichen Umstrukturierung konzipiert und ab 1994 für weitere Beitrittskandidaten geöff-
net. Dieses war ab 1997 gezielt auf die Heranführung der Bewerberländer an die EU ausgerichtet und förderte
sowohl den politisch-institutionellen als auch den wirtschaftlichen und infrastrukturellen Umbau der jeweiligen
Länder. 1999 wurde es um zwei weitere Heranführungsinstrumente, SAPARD (Programm zur Unterstützung der
landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung) und ISPA (Programm zur Unterstützung von Infrastrukturent-
wicklung im Bereich Umwelt und Verkehr) ergänzt. Die über diese Programme zugewiesenen Mittel wuchsen
im Zuge des Beitrittsprozesses erheblich. Polen erhielt von 1990 bis 1999 ca. 2 Mrd ECU aus PHARE-Mitteln, 1999
230,5 Mio € und zusätzlich 32 Mio. € für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Deutschland, und je-
weils 3 Mio. € für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und im Rahmen
der Ostseekooperation; im Jahr 2000 waren es 428 Mio. € sowie zusätzlich 55 Mio. € für die grenzüberschreiten-
de Zusammenarbeit mit Deutschland, Tschechien, der Slowakei und im Rahmen der Ostseekooperation; 2001
wurden 396 Mio € für Polen bewilligt und weitere 56 Mio € für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; 2002
wurden 342,2 Mio € ausgegeben sowie zusätzliche 56 Mio. € für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.
Hinzu kamen von 2000 bis 2002 je 168,6 Mio. € aus SAPARD und zwischen 312 bis 385 Mio. € aus ISPA. (vgl.
die Regelmäßigen Berichte der Europäischen Kommission über die Fortschritte Polens auf dem Weg zum Beitritt
1999 bis 2002).

Schwerpunkte der Förderung waren Infrastruktur- und Verwaltungsaufbau, wobei insbesondere die Mittel für
die Bereiche Justiz und Inneres – was die Modernisierung und Anpassung der visa- und migrationsrechtlichen
Regelungen sowie der Grenzinfrastruktur und -kontrolle einschloss – sowie für regionalpolitische Maßnahmen
und soziale und wirtschaftliche Kohäsionspolitik besonders im Mittelpunkt standen: Justiz/ Inneres: 1999 17,5
Mio€, 2000 89 Mio €, 2001 50 Mio €, 2002 65 Mio €. Regionalpolitik/ wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt:
1999 12,5 Mio €, 2000 130 Mio €, 2001 170 Mio €, 2002 170 Mio €. Vgl. Fortschrittsberichte der Europäischen
Kommission Polen 1999 bis 2002.

62 Zur Problematik eines solchen „social engineering“ in modernen Gesellschaften und deren Folgen auch für die
Ordnung des politischen Raums – mit Betonung auf dem Scheitern dieser Strategien sehr anregend: J. Scott:
Seeing like a state. How certain schemes to improve the human condition have failed, New Haven 1998.

63 Vgl. zur Verräumlichung des Modernisierungsdenkens u. a. Martin W. Lewis/K. E. Wigen, *The myth of the con-
tinentals*, Berkeley 1997; C. Grataloup, *L'Invention des continents: Comment L'Europe a decoupé le Monde*, Paris
2009; ders., *Géohistoire de la mondialisation. Le temps long du monde*, Paris 2007; J. Blaut, *The colonizer's model
of the world* (Anm. 24). Zum West-Ost-Gefälle in Europa vgl. L. Wolff, *Inventing Eastern Europe* (Anm. 10).

Spätestens seit Polens Bewerbung als Kandidat für die Aufnahme in die Europäische Union im April 1994 wurde die Sprache, mit der polnische Akteure den wahrgenommenen Nachholbedarf und die zu dessen Bewältigung geeigneten erscheinenden Strategien beschrieben, in die EU-Konditionalität entlang der 1993 auf dem Kopenhagener EU-Gipfel formulierten Beitrittskriterien übersetzt. Wie schwierig der Spagat zwischen der Selbst-Ausgrenzung aus „Europa“ durch das behauptete Modernisierungsdefizit einerseits und der Plausibilisierung eines Immer-Schon-Dazugehörens von Anfang an war, wird bereits in der Nationalen Strategie für die Integration in die Europäische Union deutlich:

For over one thousand years Poland has belonged to Europe in the geopolitical, cultural and economic sense. Our country has shared its basic values, which we helped to create and defend. Therefore, NSI [National Strategy for Integration, SM] is not a strategy for the return to Europe, but rather a strategy for integration with European structures.⁶⁴

Diese Unterscheidung zwischen der *longue durée* eines geopolitisch und kulturell bestimmten europäischen Raumes und seiner eher kurzfristigen Konkretisierung in den politischen Strukturen der EU bildete die Grundlage für eine Argumentation, die die paradoxe erscheinende Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion möglich machte. Damit wurde die Integration in den politisch-institutionell verankerten Europäischen Raum gleichsam zur rein formalen Anerkennung einer historischen Tatsache, die grundsätzlich nicht in Frage zu stellen war. Diese Logik ermöglichte es Polen von Anfang an, einerseits mit einem gewissen Selbstbewusstsein im Beitrittsprozess aufzutreten.⁶⁵ Zum anderen konnte es so die Hilfe der Europäischen Union bei der Bewältigung der anstehenden Modernisierungsaufgaben gleichzeitig einfordern und annehmen.⁶⁶

4.3. Neue Zugehörigkeiten, neue Handlungsräume: Ostmitteleuropa, Osteuropa und die Welt

Mit dem Beitritt des Landes schienen zunächst die formalen Voraussetzungen dafür erfüllt zu sein, dass Polen sich nun dem politisch-institutionell markierten EU-Raum unbestritten zuordnen konnte – die historische Zugehörigkeit zu „Europa“ stand dabei außer Frage. Den ersten Schritt dieser formalen Anerkennung hatte bereits der NATO-Beitritt 1999 markiert: „Wir haben den politischen Rubikon überschritten.“⁶⁷ Mit dem

64 Committee for European Integration (UKIE): National Strategy for Integration, Warschau 1997, S. 7.

65 Vgl. u. a. ebd., S. 9.

66 So u. a. Kierunki polskiej polityki zagranicznej, Informacja rządu przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremeka podczas posiedzenia Sejmu RP, 9 maja 2000 r. [Bedingungen der polnischen Außenpolitik, Information der Regierung vorgestellt vom Außenminister Bronisław Geremek auf der Sitzung des Sejms am 9. Mai 2000], PR 5 (107) 2000, S. 58; Address by President of the Republic of Poland Aleksander Kwaśniewski at a conference inaugurating „National Development Plan 2007–2013” consultations on January 20, 2005, MD 1/2005.

67 Kierunki polskiej polityki zagranicznej, Informacja rządu przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremeka podczas posiedzenia Sejmu RP, 9 maja 2000 r. [Bedingungen der polnischen Außenpolitik,

Beitritt zur EU gemeinsam mit den anderen Bewerberstaaten aus Ostmitteleuropa sei die Teilung Europas, die sowohl die Chiffre „Jalta“⁶⁸ als auch die Chiffre „Molotov-Ribbentrop-Pakt“⁶⁹ erhielt, aufgehoben. Aus polnischer Sicht wurde also weniger eine Grenze verschoben, vielmehr verschwand eine unnatürliche Teilung, denn Polen sei schon immer ein europäisches Land gewesen,⁷⁰ habe bedeutende Beiträge für den Aufbau der europäischen Zivilisation geleistet⁷¹ und sei nur aufgrund äußerer Zwänge – durch den Expansionswillen zweier aggressiver Mächte, also erst Hitler-Deutschlands und dann der stalinistischen Sowjetunion, von seiner frühzeitigen Teilhabe am europäischen Integrationsprojekt ausgeschlossen worden.⁷² Dieses Argumentationsmuster wurde bereits vor dem Beitritt eingesetzt. Unmittelbar danach wurden an die neue politische Karte Europas schnell hohe Erwartungen geknüpft: Von dieser Position aus könne Polen nicht nur innen-, sondern vor allem außenpolitisch erhebliche Ressourcen erschließen. Die Zugehörigkeit zu dem als zivilisatorisch höherwertig verstandenen EU-Raum⁷³ eröffnete Polen damit neue Handlungsmöglichkeiten bei der Gestaltung seiner östlichen Nachbarschaft sowie seiner Position in globalen Bezügen. So erklärte Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz 2003 vor dem Sejm: „Unsere Mitgliedschaft möchten wir dafür nutzen, für die gesamte Region Entwicklungsimpulse zu setzen.“⁷⁴ Diese neuen Gestaltungsmöglichkeiten blieben aber nicht nur auf die regionale Ebene beschränkt, sondern ließen sich auch in eine effektivere Positionierung in globalen Arenen übersetzen. Cimoszewicz führte an selber Stelle weiter aus:

Die Geschichte unseres Landes, das niemals eine koloniale Metropole gewesen war, sondern vielmehr über Jahrhunderte hinweg der Herrschaft fremder Mächte ausgesetzt war, und auch unsere Tradition der Anerkennung der Toleranz und der Wertschätzung gegenüber anderen Kulturen und Konfessionen, prädestiniert Polen dafür, eine konstruktive

Information der Regierung vorgestellt vom Außenminister Bronisław Geremek auf der Sitzung des Sejms am 9. Mai 2000], PR 5 (107) 2000, S. 58.

68 Raport na temat rezultatów negocjacji o członkostwo Rzeczypospolitej Polskiej w Unii Europejskiej [Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen der Polnischen Republik über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union], PR 1 (139) 2003, S. 97.

69 Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 r. przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Włodzimierza Cimoszewicza w Sejmie 22 stycznia 2003 r. [Information der Regierung zum Thema der polnischen Außenpolitik im Jahr 2003, vorgestellt vom Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz im Sejm am 22. Januar 2003], PR 2 (140) 2003, S. 92.

70 „Europa powiedziała nam, tak! Teraz my powiemy, tak” Europie”, Telewizyjne wystąpienie prezesa Rady Ministrów Leszka Millera 14 grudnia 2002 r. [„Europa hat zu uns, ja” gesagt, jetzt sagen wir Europa ja”, Fernsehauftritt des Vorsitzenden des Ministerrats Leszek Miller am 14. Dezember 2002], in: PR 12 (138) 2002, S. 97f.

71 Address by Prime Minister of the Republic of Poland Donald Tusk during a Sejm debate on the adoption of Lisbon Treaty, April 1, 2008, MD 04/2008.

72 Address by President of the Republic of Poland Lech Kaczyński at a meeting with EU ambassadors, February 22, 2006, MD 2/2006; Address by President of the Republic of Poland Lech Kaczyński at Humboldt University, March 8, 2006, MD 3/2006.

73 Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 r. przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Włodzimierza Cimoszewicza w Sejmie 22 stycznia 2003 r. [Information der Regierung zum Thema der polnischen Außenpolitik im Jahr 2003, vorgestellt vom Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz im Sejm am 22. Januar 2003], PR 2 (140) 2003, S. 98.

74 Ebenda, S. 94.

Rolle in den Nord-Süd-Beziehungen zu spielen. Wie sprechen uns für einen Dialog der Zivilisationen aus. Wir werden unseren Beitrag für die Aufgaben der Entwicklungshilfe leisten, dafür sorgend, dass diese der Modernisierung in jenen Ländern zugute kommt, die diese benötigen, sowie ihrer Demokratisierung und der Förderung einer guten Regierungsführung.⁷⁵

Diese Art der Deutung enthielt zentrale Elemente der oben skizzierten Argumentation: Die Vergangenheit Polens wurde als nicht-imperial gedeutet, gleichzeitig wurde auf die Vorbildhaftigkeit der Gemeinschaft verschiedener Nationalitäten und Konfessionen im hier nicht näher benannten polnisch-litauischen Doppelstaat verwiesen. Darauf gründete sich wiederum eine spezifische Disposition zur Verbreitung westlicher Normen und Werte – hier übersetzt in die Sprache der Entwicklungshilfe –, die die Transformation zu Demokratie und Rechtsstaat befördern soll. Neu war allerdings, dass Polen dabei nicht nur im Kontext seiner östlichen Nachbarschaft gesehen wurde, sondern die räumlichen Bezüge des Modernisierungsprojekts, an dem zu beteiligen es sich anschickte, nun auch außereuropäische Zielgebiete umfassten. Dieses Engagement in der außereuropäischen Entwicklungshilfe gewann für die polnische Außenpolitik zunehmend an Bedeutung.⁷⁶ Der polnische Anspruch auf die Mitgestaltung der Entwicklung außerhalb Europas, sei es in der unmittelbaren Nachbarschaft, sei es im globalen Süden, wurde spätestens seit dem erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen nicht nur unter Berufung auf das Modell des polnisch-litauischen Doppelstaates entworfen, sondern auch unter Verweis auf die Erfahrungen eines als universal wünschbar angesehenen Modells wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation nach westlichem Muster. Die Auswahl, welches historische Modell zur Begründung des neuen Anspruchs eingesetzt wurde, hing von dem jeweils adressierten Raum ab: Innerhalb Europas bzw. der Europäischen Union und vor allem gegenüber der östlichen Nachbarschaft war es vor allem das gewissermaßen alteuropäische Vorbild des Jagiellonischen Reiches:

Having done so, Poland, just as 600 years ago, has become the standard and model of transformation for our Eastern neighbors, in particular for the kindred nation of Ukraine. Then, in the Jagiellonian era, the Republic spread examples of noble liberty and tolerance, became the cohesive force that over subsequent centuries kept together the multiethnic mosaic of elites in our region. It is for this reason that we believe that the mandate of the Lublin Union will be fulfilled only when our Eastern European brothers find themselves within the European Union. This is not an old-new messianism, but a practical observation that strengthening liberty and democracy in our region also serves the interests of our Republic.⁷⁷

75 Ebenda, S. 96.

76 Address by Foreign Minister of the Republic of Poland Radosław Sikorski on the goals of the Poland's foreign policy for 2009, February 13, 2009, MD 2/ 2009.

77 Address by Foreign Minister of the Republic of Poland Radosław Sikorski at the Sejm, May 7, 2008. MD 5/ 2008.

Richtete sich die Behauptung einer Modellfunktion an den globalen Süden, waren es eher die Erfahrungen in den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen nach 1989: „The motto for the anniversary of the 1989 breakthrough shall be: ‘Freedom. Made in Poland’.“⁷⁸

Innerhalb der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft war es wiederum nicht nur jene im Osten, jenseits der Grenzen der erweiterten Union, sondern auch der Entwurf einer ostmitteleuropäischen Erfolgsregion, der das polnische Selbstbewusstsein als (Mit)Gestalter der politischen Ordnung des Raumes stütze. Polen erschien hier nicht nur als Musterkandidat – am erfolgreichsten beim Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem Westen,⁷⁹ als „Erfinder“ oder mindestens als Impulsegeber der demokratischen Umwälzungen nach 1989,⁸⁰ am erfolgreichsten bei der Aushandlung der Beitrittsbedingungen⁸¹ oder als privilegiert innerhalb des transatlantischen Bündnisses.⁸² Hinzu kam eine – mehr oder weniger indirekt – behauptete Führungsrolle⁸³ bei der Stabilisierung ostmitteleuropäischer Strukturen auch innerhalb eines erweiterten Europas.⁸⁴ Ostmitteleuropa, so Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski 2004, sei jene Region, die immer schon als Brücke zwischen Ost und West fungiert habe und erst von imperialen Aggressoren, dann von totalitären Systemen unterdrückt worden sei.⁸⁵ Nun übernehme es gewissermaßen die Funktion eines „eastern-most bulwark of the European Union“. Aus seiner besonderen historischen Erfahrung als „meeting place of Western and Eastern civilizations“ erwachse eine besondere Verantwortung der Region für die Gestaltung der

78 Address by Foreign Minister of the Republic of Poland Radosław Sikorski on the goals of the Poland's foreign policy for 2009, February 13, 2009, MD 2/2009.

79 Information for the European Commission's Regular Report on the Progress towards accession to the European Union 1998–1999, Warschau 30. Juni 1999.

80 Zagraniczna polityka kulturalna Polski i jej priorytety na lata 2001–2003, Dokument przygotowany w Ministerstwie Spraw Zagranicznych, przyjęty przez rząd 21 sierpnia 2001 [Die Kulturpolitik Polens im Ausland und ihre Prioritäten in den Jahren 2001–2003, Dokument vorbereitet vom Außenministerium, von der Regierung beschlossen am 21. August 2001], PR 9 (123) 2001, S. 72.

81 Raport na temat rezultatów negocjacji o członkostwo Rzeczypospolitej Polskiej w Unii Europejskiej [Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen der Polnischen Republik über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union], PR 1 (139) 2003, S. 106.

82 Kierunki polskiej polityki zagranicznej, Informacja rządu przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremeka podczas posiedzenia Sejmu RP, 9 maja 2000 r. [Bedingungen der polnischen Außenpolitik, Information der Regierung vorgestellt vom Außenminister Bronisław Geremek auf der Sitzung des Sejms am 9. Mai 2000], PR 5 (107) 2000, S. 62.

83 Kierunki polskiej polityki zagranicznej, Informacja rządu przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Bronisława Geremeka podczas posiedzenia Sejmu RP, 9 maja 2000 r. [Bedingungen der polnischen Außenpolitik, Information der Regierung vorgestellt vom Außenminister Bronisław Geremek auf der Sitzung des Sejms am 9. Mai 2000], PR 5 (107) 2000, S. 58.

84 Informacja rządu na temat polskiej polityki zagranicznej w 2003 r. przedstawiona przez ministra spraw zagranicznych Włodzimierza Cimoszewicza w Sejmie 22 stycznia 2003 r. [Information der Regierung zum Thema der polnischen Außenpolitik im Jahr 2003, vorgestellt vom Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz im Sejm am 22. Januar 2003], PR 2 (140) 2003, S. 94.

85 Lecture „Prospects for Regional Cooperation in a United Europe“ delivered by President Aleksander Kwaśniewski at the Czech Senate on December 7, 2004, MD 12/2004.

Ostpolitik der erweiterten EU.⁸⁶ Auch hier wurde an tradierte Deutungen der unmittelbaren Nachbarregion angeknüpft: Ostmitteleuropa ist ein auf gemeinsame historische, kulturelle und politische Erfahrungen gegründeter Zwischen-Raum, der unter dem Druck der expansiven Imperialismen des westlichen und vor allem des östlichen Nachbarn⁸⁷ zunächst zu zerfallen drohte, sich dann aber als Motor für die Neuordnung des Kontinents erwiesen hatte. Ostmitteleuropa ist eine Erfolgsregion.⁸⁸ Im Unterschied zu den oben rekonstruierten historischen Interpretationen lässt sich in EU- und außenpolitischen Kontexten geäußerten Deutungen allerdings nicht jene enge Verbindung zu der Vorstellung eines „Jagiellonischen Mitteleuropas“ wiederfinden – dieses wurde jedoch vor allem in öffentlichen, zumeist von Historikern und Publizisten getragenen Diskussionen erörtert.⁸⁹ Und auch die Andeutung, Polen könne eine besondere Rolle innerhalb dieser Region übernehmen, sich gar als regionale Führungsmacht etablieren, wurde eher indirekt angedeutet oder mindestens teilweise zurückgewiesen. Die Führungsrolle, so Kwaśniewski, werde Polen also aufgrund seiner Verdienste von außen aufgedrängt.⁹⁰ Außenminister Rotfeld versicherte 2005 aber auch, dass Polen diese Rolle nicht für eigene Ambitionen missbrauchen werde.⁹¹

Es waren also zum einen die Erfolge bei der Modernisierung der Gesellschaft und des nationalen Raumes, aber auch der Ausgriff auf übernationale Bezüge wie Ostmitteleuropa, die östliche Nachbarschaft und vor allem die Zuordnung zum EU-Raum, aus der heraus eine national formulierte Sicherheit im Umgang mit der neuen Position innerhalb des europäischen Raums formuliert werden konnte. Das ließ sich aber mitnichten erst nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen beobachten, sondern bereits etwas früher. Spätestens seit der Entscheidung des EU-Gipfels in Kopenhagen im Jahr 2002, alle zehn Bewerberstaaten, darunter eben auch Polen, 2004 in die EU aufzunehmen, entwickelten polnische EU- und Außenpolitiker eine Sprache der Eigenständigkeit. So betonte der Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz 2003: „Wir haben keinen Grund für Minderwertigkeitskomplexe.“⁹² Und kurz vor dem Beitritt 2004 ergänzte er, dass Polen in der erweiterten EU seine nationalen Interessen selbstbewusst einbringen werde, es sei

86 Address by President of the Republic of Poland Aleksander Kwaśniewski at the 12th Meeting of the Presidents of Central Europe on „How to Complete the Process of European Integration“, in Zagreb on October 14, 2005, MD 10/2005.

87 Statement by President of the Republic of Poland Aleksander Kwaśniewski at the Polish Embassy in Moscow on May 8, 2005, MD 05/2005; Address by President of the Republic of Poland Lech Kaczyński at Humboldt University, March 8, 2006, MD 3/2006.

88 Lecture „Prospects for Regional Cooperation in a United Europe“, delivered by President Aleksander Kwaśniewski at the Czech Senate on December 7, 2004, MD 12/2004.

89 Vgl. u. a. die Diskussion im Tygodnik Powszechny Ende 2000/ Anfang 2001 sowie organisiert von der Stefan-Batory-Stiftung („Polska Polityka Wschodnia. Pełny zapis dyskusji zorganizowanej prez Fundację im. Stefana Batorygo oraz redakcję „Tygodnika Powszechnego“ 1. März 2001, www.batory.org.pl/ftp/program/forum/ppw.pdf, Zugriff 30.11.2009).

90 Statement by President of the Republic of Poland Aleksander Kwaśniewski on Independence Day, November 11, 2005, MD 11/2005.

91 Government report on Poland's foreign policy presented by Foreign Minister of the Republic of Poland Adam Daniel Rotfeld at a Sejm meeting on January 21, 2005, MD 01/2005.

92 PR 2 (140) 2003, S. 90.

sich dabei sowohl seiner Rechte als auch seiner Verantwortung bewusst. Es werde kein einfacher, aber ein aktiver und verantwortungsvoller Partner in der erweiterten Union sein: „Wir werden wir selbst sein.“⁹³

4.4. Die Krise der EU und die Entdeckung des Wettbewerbsvorteils

Möglicherweise bedeutsamer als der EU-Beitritt bzw. die Finalisierung der Beitrittsverhandlungen für den Wandel dieser Interpretationsmuster war der Umstand, dass die Union vor der Herausforderung stand, vor der Aufnahme neuer Mitglieder ihre eigenen institutionellen Mechanismen einer grundlegenden Reform zu unterziehen. Dieses Problem stand bereits seit den 1993 formulierten Kopenhagener Kriterien auf der Agenda: auch die EU musste für eine Aufnahme neuer Länder bereit sein.⁹⁴ Im 1997 verabschiedeten Vertrag von Amsterdam war eine umfassende institutionelle Reform gescheitert, sodass eine neue Verhandlungsrunde notwendig wurde, an der auch die Bewerberstaaten beteiligt wurden. Diese Anstrengungen mündeten in dem 2001 unterzeichneten und 2003 ratifizierten Vertrag von Nizza.⁹⁵ Nach einem langwierigen Ratifikationsverfahren, das u. a. durch Irland verzögert wurde, welches erst im zweiten Anlauf in einem Referendum zustimmte, konnte der Vertrag rechtzeitig vor der Erweiterung in Kraft treten. Die besondere Konstellation, dass bei den Aushandlungen Noch-Nicht-Mitglieder wie Polen beteiligt worden waren, kann als eine Art „Initiationsritual“ gedeutet werden im Übergang vom Bewerber zum Mitgliedsland.⁹⁶ Polen konnte sich hier erstmals wirkungsvoll an der Ausgestaltung der EU und ihren Funktionsmechanismen beteiligen, diese Erfahrung spiegelte sich deutlich in den EU- und außenpolitischen Positionierungen der darauf folgenden Zeit.

Damit beschleunigten die Verhandlungen zum Vertrag von Nizza also zum einen die Professionalisierung des polnischen außenpolitischen Personals innerhalb der EU-Diplomatie,⁹⁷ zum anderen konnte Polen hier erstmals wirksam in die Aushandlung der Gestalt des politischen Raumes der EU sowie seiner internen Funktionsmechanismen und Binnendifferenzierungen eingreifen.

93 PR 2 (152) 2004, S. 109.

94 Die Kopenhagener Kriterien sind in den „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ des Europäischen Rates vom 21./22. Juni 1993 konkretisiert. (http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf, Zugriff Januar 2010). Dabei heißt es auch: „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“ (S. 13).

95 Im Zentrum der Neuregelungen stand hier die neue Stimmenverteilung im Europäischen Rat und die Ausweitung des Abstimmungsverfahrens mit qualifizierten Mehrheiten, von denen einige Politikbereiche ausgenommen blieben (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Asyl- und Einwanderungspolitik, Steuerpolitik). Außerdem wurde auch die Sitzverteilung im Europäischen Parlament den Bedingungen nach der Erweiterung angepasst und dessen Befugnisse ausgeweitet.

96 R. Trzaskowski, From candidate to member state: Poland and the future of the EU. Institute for Security Studies Paris, Occasional Paper Nr. 37, September 2002, S. 14.

97 So R. Trzaskowski, From candidate to member state (Anm. 96).

Mit dem Abschluss des Vertrages war der interne Reformprozess der EU jedoch nicht beendet. In den Jahren 2002 und 2003 erarbeitete der 2001 einberufene Verfassungskonvent der EU – wiederum mit Beteiligung der Bewerberstaaten – einen Entwurf für einen EU-Verfassungsvertrag, der jedoch Mitte 2005 an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterte. Nach einer selbst verordneten „Reflexionsphase“ wurde 2007 eine neue Regierungskonferenz ins Leben gerufen, die in den sogenannten Reformvertrag, den 2009 nach einem dramatischen Ratifizierungsmarathon in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon, mündete. Damit befand sich die EU über fast zehn Jahre hinweg in einem Dauerzustand der Selbstanalyse und Binnenreform, ein Zustand, der von vielen Beobachtern als „Krise“⁹⁸ bezeichnet wurde. An diesem Prozess waren auch die neuen Mitgliedsstaaten von Anfang an intensiv beteiligt. Auch aus polnischer Sicht wurde diese Krise registriert. Die Aufforderung zur Modernisierung, der sich das Land im Beitrittsprozess gegenüber sah, konnte so auch an die EU selbst adressiert werden. Die Ebenbürtigkeit innerhalb des erweiterten Raumes wurde nun untermauert durch die Beobachtung paralleler, teilweise verflochtener Reform- und Anpassungsprozesse. So erläuterte Premier Belka 2005 im Sejm bei der Vorstellung des Nationalen Entwicklungsplans:

I believe the best way in which we can catch up civilizationally is by using the synergy of three elements: first, Poles are probably the most seasoned of all in weathering change – certainly more than west European societies. Exhausted and frustrated, the Poles are nonetheless more ready for changes and reforms than the French, Germans, or any other stable democracy in western Europe. Compared with west Europe we do everything at the speed of light. [...] We do everything at a much faster pace than any country in western Europe, and we call this our normal pace. We introduce changes at such a pace that that I expect our monthly agenda would effectively topple a couple of western governments. We change more in a month than they do in eight years! This of course, is necessary and no cause for exaggerated pride – but it does show our potential.⁹⁹

Dies zeigt, dass zumindest ein Teil der Modernisierungsrhetorik, die eingangs als jener Mechanismus erläutert wurde, mit dem die Hierarchien zwischen dem Binnenraum der EU und dem zu integrierenden Gebiet beschrieben und ausgehandelt wurden, nun auf beide Teilräume gleichermaßen angewendet wurde. Damit minimierte sich gewissermaßen der „zivilisatorische“ Abstand zwischen den Räumen – was gleichzeitig genutzt

98 Vgl. u. a. G. Verheugen, Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee, Köln 2005; T. von Danwitz (Hrsg.), Europa in der Krise. Perspektiven der europäischen Integration, Sankt Augustin 2007; W. Weidenfeld/S. Seeger, Europas Potentiale im Zeichen der Krise, CAP Analyse März 2009, <http://www.cap.lmu.de/download/2009/CAP-Analyse-2009-01.pdf> (Zugriff Januar 2010).

99 Address by Prime Minister Marek Belka at a debate on the 2007-2013 National Development Plan in Warsaw on January 20 2005, MD 01/2005. Ähnlich Address by Prime Minister Marek Belka on positive outcome of Poland's first year membership of the European Union, Warsaw, April 27 2005, MD 4/2005; Address by Prime Minister Marek Belka at the Łódź University – Guidelines, Łódź, May 13, 2005, MD 5/2005.

werden konnte, um nun umso deutlicher gegenüber dem eigenen Osten als Impulsgeber aufzutreten.¹⁰⁰

5. Zusammenfassung: Neue Handlungsräume und eine neue *mission civilatrice à la polonaise*?

Der Entwurf eines polnischen Ortes in Europa stützte sich nicht erst seit dem Beginn des europäischen Erweiterungs- und Integrationsprozesses nach 1989 auf transnationale Bezüge der entsprechenden Selbstbeschreibungen und Handlungsräume. Bei der Konzeption eines politischen europäischen Raumes konnten die polnischen Akteure in der EU- und Außenpolitik auf ein historisches Repertoire zurückgreifen, das in einer Vergangenheit vor der (Wieder-)Entstehung des polnischen Nationalstaates 1918 verankert und vor allem an die positive Deutung der Geschichte des Polnisch-Litauischen Doppelstaates und der polnischen östlichen Grenzgebiete, den *kresy*, gebunden war. Die West-Ost-Achse des polnischen Blicks blieb für die Sinnstiftung im sich wandelnden EU-Raum zentral.

Im Prozess der Aneignung und Einpassung historischer Deutungsmuster in den neuen politischen Kontext wurde die polnische Mission im Osten übersetzt als Unterstützung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses insbesondere in der Ukraine, aber auch in Belarus. Der Polnisch-Litauische Doppelstaat galt hier immer noch – oder wieder – als Vorbild für die Organisation komplexer und verflochtener räumlicher Konstellationen. Die Behauptung einer besonderen Vorbildrolle Polens speiste sich aber auch aus den eigenen Transformationserfahrungen seit 1989 und der Selbstbeschreibung als Impulsgeber für die regional übergreifenden Umbrüche, die dem Ende des Kalten Krieges folgten.

Darüber hinaus wandelten sich Modernisierungsvorstellungen, wobei nicht deren Inhalt, sondern deren Ausrichtung einen neuen Akzent erhielt. Dabei bezog sich die Modernisierungsforderung nicht nur auf die Binnenorganisation des nationalen Territoriums, sondern vor allem auf die Bestimmung von räumlichen Hierarchien zwischen West- oder EU-Europa und den Beitrittskandidaten. Nicht erst der Beitritt, sondern bereits die Verhandlungen zum Vertrag von Nizza markierten hier einen Wendepunkt: Modernisierung wurde als übergreifende Aufgabe nicht nur für Polen, sondern auch für die EU selbst verstanden. Ein Entwicklungsgefälle, das aus polnischer Sicht nicht abgestritten wurde, konnte somit nur noch eingeschränkt für die Behauptung des Noch-Nicht-Dazugehörens oder der Noch-Nicht-Vollwertigkeit als Mitglied mobilisiert werden.

Auch die Konzeption von Ostmitteleuropa als Erfolgsregion wurde als Ressource dafür genutzt, einen spezifischen Beitrag Polens für die Gestaltung des europäischen Raumes

100 Dies mündete seit Anfang der 2010er Jahre in durchaus erfolgreichen Ansätzen, die Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union mitzugestalten. So verabschiedete die EU 2009 die neue sogenannte „Östliche Partnerschaft“ im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und folgte damit einer polnisch-schwedischen Initiative.

zu begründen. In den politischen Äußerungen finden sich zwar weniger Hinweise auf ein „jagiellonisches Mitteleuropa“, jedoch wird deutlich, dass in diesem neuen Ostmitteleuropa, konstituiert durch die Gruppe der erfolgreichsten EU-Beitrittskandidaten, Polen in gewissem Maße die Rolle eines regionalen Führers erhielt.¹⁰¹

Schließlich eröffneten sich mit dem Beitritt Polens zur EU neue Handlungsräume nicht nur in Europa, Ostmitteleuropa und gegenüber den östlichen Nachbarn, sondern führten auch zu einer veränderten Positionsbestimmung in der Welt: Die polnische Expertise bei der Bewältigung von Systemumbrüchen und gesellschaftlichen Modernisierungsprojekten sollte nun weltweit, vor allem im globalen Süden eingesetzt werden.

Dieser Wandel hat sich als komplexer Aushandlungsprozess innerhalb Polens und zwischen Polen und der Europäischen Union vollzogen. Und auch wenn Dieter Bingen 2005 argumentierte, dass „[s]pätestens mit dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union [...] klar [werde], daß erst irgendwo jenseits der polnischen Ostgrenze Europas wahrer Osten beginn[e]“,¹⁰² so lässt sich doch mit Blick auf die Geschichte dieser mühsamen Kohärenzstiftung vermuten, dass auch in Zukunft keine Einigkeit über den Ort des „wahren Ostens“ und seine Bedeutung in der Europäischen Nachbarschaft herrschen wird.

101 Dabei werden in den Verweisen auf die „Erfolgsregion“ die praktischen Schwierigkeiten der Kooperation, sei es innerhalb der Visegrád-Gruppe, sei es innerhalb des deutsch-polnisch-französischen Weimarer Dreiecks, eher in den Hintergrund gedrängt.

102 So D. Bingen in der Einleitung zu A. Chwalba (Hrsg.), Polen und der Osten. Texte zu einem spannungsreichen Verhältnis, Frankfurt a. M. 2005, S. 11.